

WESER KURIER



TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

DONNERSTAG, 19. SEPTEMBER 2019 | 75. JAHRGANG | NR. 219 | EINZELPREIS 1,80 €

HEUTE:
Werder-Poster
SEITEN 24/25

Bauern blockieren Hafen

Eine Stunde lang haben Bauern den Hafen in Brake blockiert. Sie demonstrierten für mehr Klimaschutz und gegen das geplante EU-Freihandelsabkommen mit Südamerika. Sie sehen ihre Existenz gefährdet, sollte die Bundesregierung das Abkommen nicht stoppen. „Wir Bauern sind bereit für eine klimaschonende Landwirtschaft, dafür brauchen wir aber faire politische Rahmenbedingungen“, sagte Georg Janßen, einer der Organisatoren der Demo. **TEXT: MHD/FOTO: MICHAEL MATTHEY Bericht Seite 14**



Anklage in mehr als 100 Fällen

Die ehemalige Bremer Bamf-Leiterin und zwei Anwälte sollen wegen Asylmissbrauchs vor Gericht

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. In der Bremer Affäre um gefälschte Asylbescheide hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Das geht aus einem Bericht von Spiegel-Online vom Mittwoch hervor. Angeschuldigte sind demnach Ulrike B., die frühere Leiterin der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), und zwei Rechtsanwältinnen aus Niedersachsen, die mit ihr in illegaler Weise zusammengearbeitet haben sollen. Bei den Vorwürfen soll es in mehr als 100 Fällen um Verstöße gegen das Asylgesetz, gegen das Aufenthaltsgesetz sowie um Vorteilsannahme und -gewährung, Urkundenfälschung und Verletzung von Dienstgeheimnissen gehen. Die Staatsanwaltschaft wollte sich auf Anfrage zu dem „Spiegel“-Bericht nicht äußern.

Die gut 250 Seiten starke Anklage fußt auf fast zwei Jahre lange Ermittlungsarbeit. Bis zu 50 Polizisten der Sonderkommission „Antrag“ haben sich in der Zeit ausschließlich mit den bundesweit beachteten Vorgängen rund um das Bremer Bamf beschäftigt. Noch nie in der Geschichte des Bundeslandes gab es für

polizeiliche Ermittlungen einen so großen Aufwand.

Insgesamt sind es neun Beschuldigte, die von der Staatsanwaltschaft ins Visier genommen wurden. Angeklagt werden jetzt drei von ihnen. Die anderen – darunter drei weitere Bamf-Mitarbeiter, ein Dolmetscher, ein Vermittler und ein Anwalt aus Bremen – sind zwar noch nicht außen vor und könnten weiterhin belangt werden. Die Behörde konzentriert sich jetzt aber offenbar auf ein Trio, das von Anfang an als Kern einer möglichen Tätergruppe angesehen wurde: Ulrike B., von Rang Regierungsdirektorin, die wegen der Vorwürfe seit Mitte 2016 vom Dienst suspendiert ist. Cahit T., ein Rechtsanwalt aus Oldenburg. Und Irfan C., ein Anwalt aus Hildesheim. Alle drei bestreiten die Vorwürfe.

Die Affäre hatte Schwung aufgenommen, nachdem die Staatsanwaltschaft im April vergangenen Jahres mit einer Pressemitteilung bekannt gemacht hatte, dass sie gegen einen größeren Personenkreis wegen möglichen Asylmissbrauchs vorgeht. Es gab mehrere Hausdurchsuchungen, bei denen insbesondere Datenmaterial beschlagnahmt wurde.

Die Wohnung der ehemaligen Amtsleiterin wurde von den Beamten in größerem Abstand gleich zweimal gefilzt.

Zunächst war davon ausgegangen worden, dass es sich um Tausende Fälle handelt und dass dahinter ein regelrechtes Schleppersystem steckt. Diese Annahme hat sich im Laufe der Ermittlungen nicht bestätigt. Wohl aber soll es zwischen den Beschuldigten fest verabredete Abläufe gegeben haben: War ein Asylbewerber abgelehnt worden, weil die Gründe für eine Aufnahme in Deutschland von den Behörden als nicht hinreichend erachtet wurden, stellte sein Anwalt einen sogenannten Asylfolgeantrag. Darin, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, wurden Angaben gefälscht. Ziel war, doch noch anerkannt zu werden und vor der drohenden Abschiebung geschützt zu sein. Nach diesem Muster soll es in den zwei Jahren zwischen Mitte 2014 und Mitte 2016 gelungen sein, den Mandanten der Anwälte einen sicheren Aufenthaltsstatus zu gewähren. In der Mehrzahl kamen die Asylbewerber aus Syrien und dem Irak. Sie gehören zu den Jesiden, einer ethnisch-religiösen Minderheit.

Die Ermittler gehen nach eigener Darstellung von einer engen persönlichen Beziehung zwischen Ulrike B. und dem Rechtsanwalt aus Hildesheim aus. In diesem Zusammenhang wird der Vorwurf der Annahme und Gewährung von Vorteilen formuliert. Die Regierungsdirektorin soll von dem Anwalt Geld für ihre Hotelrechnungen bekommen haben, wenn sie in Hildesheim übernachtet hat. B. hatte früh beteuert, das vorgestreckte Geld zurückgezahlt zu haben. Ihr Anwalt bezeichnete die Anschuldigungen als Unsinn, er sprach von einer Intrige, die gegen seine Mandantin gesponnen worden sei.

Offen ist noch, ob die Anklage vom Bremer Landgericht zugelassen wird. Sollte es zu einer Hauptverhandlung kommen, droht den Angeklagten im Falle der beiden Anwälte pro Tat eine Haftstrafe von sechs Monaten bis zehn Jahren. Ihnen wird unterstellt, mit den Straftaten gewerbsmäßig gehandelt zu haben. Anders ist es bei Ulrike B., sie könnte eine Geldstrafe bekommen, möglich ist aber auch Gefängnis. Der Straffrahmen liegt bei bis zu fünf Jahren.

Kommentar Seite 2/Chronik Seite 3

Röwekamp fordert Klimaschutzziel



CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp macht beim Klimaschutz Druck. **FOTO: KOCH**

Bremen. Die Bremer CDU-Fraktion sucht Antworten auf die Klimakrise. Im Interview spricht sich Fraktionschef Thomas Röwekamp für eine parteiübergreifende Enquete-Kommission aus, in der Abgeordnete mit Sachverständigen und Experten einen Maßnahmenplan festlegen. Die Christdemokraten wollen damit einen Klimakonsens für Bremen initiieren und für das Jahr 2030 ein neues Klimaschutzziel definieren. „Wir sind dringend darauf angewiesen, gesamtgesellschaftliche Problemlösungen zu finden“, so Röwekamp. Der 53-Jährige ist nicht mit allem hundertprozentig einverstanden, was die CDU am Montag im Bundesvorstand mit dem Klimakonzept verabschiedet hat. Er kündigt an, dass bis zum nächsten Landesparteitag ein eigenständiges klimapolitisches Grundsatzpapier verabschiedet wird. **PAF Interview Seite 9**

POLITIK

Halbzeit für Steinmeier

4

Ein Bundespräsident repräsentiert, setzt manchmal Zeichen mit Reden und Gesten. Frank-Walter Steinmeier greift aber vergleichsweise häufig ins politische Geschehen ein. Seine erste Amtszeit ist zur Hälfte vorbei.

BREMEN

Bremen könnte Hachez-Gelände kaufen

8

Die Stadt Bremen soll sich ein Vorkaufsrecht für das Hachez-Gelände in der Neustadt sichern. Das ist der Wunsch der Baubehörde. Mit diesem Instrument will sie Einfluss auf die Entwicklung des Areals ausüben.

SPORT

Eisbären befördern den Nachwuchsleiter

26

Die Eisbären Bremerhaven haben einen neuen Geschäftsführer. Die Herausforderung für den bisherigen Nachwuchsleiter Nils Ruttman ist nicht ohne. Sein Vorgänger war nach einem Monat zurückgetreten.

KULTUR

Rebellin in Rage

20

Die deutschen Oscar-Hoffnungen ruhen auf einem bewegenden Sozialdrama, das an diesem Donnerstag im Kino anläuft. „Systemprenger“, ein Film von Nora Fingscheidt, erzählt von dem neunjährigen Mädchen Benni, das sich allen Eingliederungs- und Beschäftigungsversuchen wütend widersetzt. **FOTO: PETER HARTWIG**



Familienanzeigen 11
Fernsehen 28
Lesermeinung 8

Rätsel & Roman 13
Tipps & Termine 10
Veranstaltungsanzeigen 12

Bund verlängert Waffen-Exportstopp

Berlin/Bremen. Die Bundesregierung hat den Rüstungsexportstopp für Saudi-Arabien um weitere sechs Monate bis zum 31. März 2020 verlängert. Das teilte ein Regierungssprecher am Mittwoch in Berlin mit. Damit werden weitere neue Rüstungsgeschäfte mit Saudi-Arabien genehmigt, und die Auslieferung bereits genehmigter Exporte bleibt blockiert.

SPD und Union hatten sich im März 2018 im Koalitionsvertrag auf einen Rüstungsexportstopp für die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligten Länder verständigt, aber Hintertüren offen gelassen. Ein kompletter Exportstopp gegen Saudi-Arabien wurde erst im November nach der Tötung des regierungskritischen Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Generalkonsulat in Istanbul verhängt.

Aus der Unionsfraktion waren nach dem Drohnen-Angriff auf saudische Ölanlagen Forderungen nach einer Lockerung des Exportstopps laut geworden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte diesen Forderungen aber bereits eine Absage erteilt.

Die Bremer Lürssen-Gruppe, die Patrouillenboote für Saudi-Arabien baut, reagierte zurückhaltend. „Die Verlängerung des Exportmoratoriums ist eine politische Entscheidung“, sagte ein Unternehmenssprecher. „Unsere Bemühungen sind darauf gerichtet, in gemeinsamer Abstimmung mit der Bundesregierung sowie den weiteren Beteiligten eine Lösung zu finden.“ **DPA Bericht Seite 5**

Vergiftetes Erbe



Norbert Holst über die Wahl in Israel

Patt nach der Wahl: Es gibt keinen klaren Sieger in Israel, die beiden größten Rivalen mit ihren Parteien liegen gleichauf. Sowohl Benjamin Netanjahus rechtskonservative Likud-Partei wie auch das Mitte-Bündnis Blau-Weiß von Benny Gantz werden keine Mehrheit in der Knesset finden. Auch nicht mit Hilfe kleinerer Parteien.

Klarer als die Frage nach dem Sieger ist die nach dem Verlierer zu beantworten. Netanjahu hat sein Ziel, mithilfe von nationalreligiösen Kräften und ultraorthodoxen Parteien als Gewinner aus der Wahl hervorzugehen, klar verfehlt. Er befindet sich in der gleichen Situation wie nach den vorangegangenen Wahlen im April. Nur zusammen mit Blau-Weiß oder mit Rückendeckung durch die Partei Beitenu („Unser Heim Israel“) von Ex-Verteidigungsminister Avigdor Lieberman könnte der Regierungschef im Amt bleiben. Lieberman ist nun in der Rolle des Königs-makers, setzt aber auf eine Einheitsregierung zusammen mit Likud und Blau-Weiß. Auch Gantz könnte sich dieses Format vorstellen, knüpft es aber an eine klare Bedingung: Netanjahu muss weg.

Netanjahu wäre aber nicht Netanjahu, wenn er sich trotz der Wahlschlappe nicht siegesgewiss zeigen würde. Sein Ziel ist die Verhinderung einer „antizionistischen Regierung“ – gemeint ist ein Bündnis, in dem auch Linke und arabische Israelis vertreten wären. „Bibi“, so nennen ihn die Israelis, hat allen Grund zu kämpfen. Ihm droht ein Verfahren wegen Korruption. Deshalb will Netanjahu mit einer neuen Regierung ein Immunitätsgesetz durchboxen, das ihn von der Anklagebank verschonen soll.

Für Israels langjährigen starken Mann geht es um alles oder nichts. Seine Karriere könnte bald beendet sein. Andererseits hat dieser trickreiche Machtmensch schon so manche gefährliche Situation gemeistert.

Was für das Land nicht gut wäre. Die Bilanz von zehn Jahren Netanjahu: Israel ist in diesen Tagen ein tiefst polarisiertes, orientierungsloses und religiös aufgeladenes Land. **Bericht Seite 5**

norbert.holst@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Ilona Rieke



Wer in Bremen in der Filmbranche unterwegs ist, kennt Ilona Rieke. Die Kulturwissenschaftlerin arbeitet seit 2010 im Filmbüro Bremen und dort seit 2017 in der Geschäftsführung. 2015 hat sie das erste Film-

fest Bremen mitinitiiert, bis heute übernimmt sie hierbei die Programmleitung. An diesem Donnerstag startet das Filmfest in sein fünftes Jahr. **AKN**

LOTTO

6 aus 49 18 24 34 44 46 48 8
Superzahl

Spiel 77 5272656 Super 6 641105
(Ohne Gewähr)

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag
17° 6° 20%

Mix aus Sonne und Wolken
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN

